

Zivilgesellschaft und kompetitiver Autoritarismus in Malaysia

Stephan Giersdorf, Aurel Croissant

Summary

This article analyses the development of civil society in Malaysia under competitive-authoritarian rule. Applying the concept of historical institutionalism, institutional legacies will be identified which have been and still are of great influence on the structures and functions of Malaysian civil society. The study shows that civil society changed profoundly since 1957, with regard to its structures and functionalities. An ethnically segmented civil society, based on religious, cultural and functional interest groups, has been replaced by a civil society which is built upon NGOs and social movements which are well-connected with other opposition actors. The article argues that civil society groups are increasingly emerging as challengers for the autocratic elites. Nevertheless, by using coercion and co-opting parts of the opposition, the autocratic elites continue to keep the civil society in check in order to stabilize their autocratic rule. However, the use of coercion and cooptation is restricted due to the regime's competitive character, thus producing a structural, functional and operative limited civil society.

Manuscript received on 2010-02-10, accepted on 2010-09-01

Keywords: Civil society, Malaysia, Historical Institutionalism, Competitive Authoritarianism

Einleitung

Der weltweite Siegeszug der Demokratie im letzten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts hat der theoretischen und empirisch-vergleichenden Zivilgesellschaftsforschung neue Impulse verliehen. Wenngleich die Ursprünge der Debatte weit in die Geschichte der politischen Philosophie zurückreichen, waren es vor allem die demokratischen Revolutionen in Osteuropa, die den Aufstieg der Zivilgesellschaft zu einem der wirkungsmächtigsten „progressiven Erwartungsbegriffe“ (von Beyme 2000) der normativen politischen Theorie gefördert haben. Im Zuge dieser Entwicklung wurden in den vergangenen zwei Dekaden zahlreiche Analysen zur Bedeutung der Zivilgesellschaft in Prozessen des demokratischen Wandels vorgelegt (Heinrich 2008: 2). Diese Untersuchungen zeigen, dass der Idee und den Akteuren der Zivilgesellschaft vor allem in zwei Phasen der demokratischen Transformation Bedeutung für die Demokratieentwicklung zukommt. Zum einen markierte das „Wiedererwachen der Zivilgesellschaft“ (O'Donnell/Schmitter 1986) während der Liberalisierung autokratischer Ordnung vielerorts ein zentrales Moment der

Transition von der Autokratie zur Demokratie. Zweitens erfüllt die Zivilgesellschaft nach dem Übergang zur Demokratie eine stabilisierende Funktion für die politische Öffentlichkeit, wodurch sie entscheidend zur Konsolidierung der jungen Demokratien beitragen kann (Diamond 1999: 218-261).

Während die Rolle von Zivilgesellschaft in demokratischen Transformationsprozessen theoretisch, konzeptionell und zunehmend auch empirisch gut erforscht ist, weist die Forschung zur Genese, Struktur und Wirkungsweise von Zivilgesellschaft in autoritären Systemen beträchtliche Blindstellen auf. Dieses Forschungsdesiderat ist aus mindestens zwei Gründen problematisch. Erstens signalisieren die Daten der empirischen Demokratiemessung, dass die dritte Demokratisierungswelle zu Beginn des 21. Jahrhunderts zum Erliegen gekommen ist (Diamond 2008). Zweitens geht die Persistenz der verbliebenen Autokratien (ca. 40% aller Staaten weltweit) seit etwa zwei Jahrzehnten einher mit der Proliferation neuer Formen nicht-demokratischer Herrschaft, die in der Literatur als „elektoraler“ (Schedler 2006) oder „kompetitiver Autoritarismus“ firmieren (Levitsky/Way 2002). Diese autoritären Regime, die aus Gründen der Regimestabilität demokratische Prozeduren mit autokratischen Praktiken kombinieren, sind kein gänzlich neues Phänomen. Ihre Zahl hat aber in den letzten Dekaden deutlich zugenommen. Dies kann zum einen darauf zurückgeführt werden, dass die herrschenden Eliten in einer Reihe von bestehenden Autokratien aus Legitimationsgründen dazu übergegangen sind, „to play the game of multiparty elections“ (Brooker 2009), ohne ihren Machtanspruch aufzugeben. Zum anderen hat eine bedeutende Anzahl von Transitionsprozessen nicht von der Diktatur zur Demokratie, sondern von einem autoritären Regime zu einem neuen autoritären Regime geführt, „where a democratic facade covers authoritarian rule“ (Linz 2000: 34).

Die vorliegende Analyse der malaysischen Zivilgesellschaft möchte einen Beitrag leisten zum besseren Verständnis der Genese, der Strukturen und der Entfaltungschancen von Zivilgesellschaft in solchen „Bindestrich-Autokratien“. Das politische Regime Malaysias (vor 1965: Föderation Malaya) und seine Institutionen werden als kompetitives autoritäres System begriffen, in dem ein bedeutsames Niveau an politischem Wettbewerb und zivilgesellschaftlicher Entfaltung besteht und das somit von anderen Formen autoritärer Herrschaft, wie dem geschlossenen oder elektoralen Autoritarismus abzugrenzen ist (Brownlee 2009: 524).¹ Neben der Analyse der Entwicklung von Form und Funktion der malaysischen Zivilgesellschaft soll auch diskutiert werden, inwieweit es ihr gelingt, das kompetitive autoritäre Regime herauszufordern, oder ob sie innerhalb der bestehenden Legitimations- und Kooptationsmechanismen als Stabilisator des Herrschaftssystems wirkt.

Methodisch orientiert sich unsere Analyse am Historischen Institutionalismus. Ausgangspunkt ist demnach die Überlegung, dass Struktur und Funktionen der malay-

¹ Zur Klassifikation Malaysias als „Bindestrich-Autokratie“ siehe Brownlee 2007; Case 2009; Ufen 2009.

sischen Zivilgesellschaft seit der Unabhängigkeit (1957) wesentlich auf die institutionelle Konfiguration des malaysischen Staates zurückzuführen sind. Institutionen beeinflussen maßgeblich das Handeln der Akteure, indem diese ihre Strategien und Kalküle an die Institutionen anpassen und sich so innerhalb des institutionell generierten Handlungskorridors bewegen (Thelen 1999). Damit reproduzieren sich Institutionen und gewinnen Persistenz. Institutionen beeinflussen jedoch nicht nur das Verhalten von Akteuren, sondern können umgekehrt auch durch Akteure neu konfiguriert werden. Damit verbunden ist die Vorstellung der Existenz von „critical junctures“ (Mahoney 2001), die für die Ausgestaltung von Institutionen von wesentlicher Bedeutung und durch zwei Komponenten gekennzeichnet sind: Erstens wählen politische Eliten an solchen „kritischen Entscheidungspunkten“ unter verschiedenen verfügbaren Optionen bestimmte Institutionenarrangements aus, und zweitens ist nach getroffener Wahl eine Rückkehr zum Ausgangspunkt nur noch schwer möglich (op.cit.: 113). Die von den Eliten getroffenen Politiken institutionalisieren sich, beeinflussen das zukünftige Verhalten von Akteuren und verfügen über eine strukturelle Persistenz. Es lässt sich also von einer „Pfadabhängigkeit“ (Pierson 2000) sprechen. Mit Hilfe dieses Ansatzes können für Malaysia entscheidende Momente der Institutionenentwicklung identifiziert werden, die die Struktur und Funktionsweise der Zivilgesellschaft maßgeblich beeinflusst haben. Gleichzeitig wird die gegenseitige Beeinflussung von Struktur und Akteur offen gelegt. Damit kann besser nachvollzogen werden, welche konkreten Einflussmöglichkeiten die malaysische Zivilgesellschaft besitzt und inwiefern die autokratischen Normen, Regeln und Verfahren die Funktionsweise der Zivilgesellschaft beeinträchtigen.

Der weitere Fortgang der Analyse gliedert sich in fünf Schritte. Im nächsten Abschnitt wird der theoretische Analyserahmen der Untersuchung vorgestellt. Im zweiten und dritten Abschnitt werden die historischen Ursprünge und aktuellen Formen (Abschnitt 2) sowie die Funktionsweisen (Abschnitt 3) der malaysischen Zivilgesellschaft skizziert. Im vierten Schritt werden die *critical junctures* der Zivilgesellschaftsentwicklung betrachtet. Abschließend wird auf der Grundlage der vorangegangenen Befunde diskutiert, inwieweit die zivilgesellschaftlichen Gruppen in der Lage sind, das kompetitive autoritäre System herauszufordern (Abschnitt 5).

1 Zivilgesellschaft und kompetitiver Autoritarismus: Konzeptionelle Vorüberlegungen

Die Analyse von Zivilgesellschaft im Kontext kompetitiv-autoritärer Regime erfordert eine Vorabverständigung über die beiden grundlegenden Untersuchungskonzepte, zumal sie in der Politikwissenschaft unterschiedlich verstanden und verwendet werden. Hierbei orientieren sich unsere Ausführungen am Zivilgesellschaftskon-

zept² von Croissant, Merkel und Lauth (2000) sowie an der Unterscheidung verschiedener Formen des kompetitiven und elektoralen Autoritarismus bei Levitsky und Way (2002) und anderen (Brownlee 2009; Howard/Roessler 2006).

Zivilgesellschaft

Das funktionalistische Zivilgesellschaftskonzept von Croissant, Merkel und Lauth (2000) basiert auf der Annahme, dass Zivilgesellschaft sowohl von ihrem normativen Kern als auch von ihren Funktionen her definiert ist. In Anlehnung an ihre Ausführungen wird Zivilgesellschaft in diesem Beitrag als intermediärer Raum zwischen den voneinander ausdifferenzierten Sphären der Privatheit von Individuum und Familie einerseits, und des Ökonomischen und des Staates andererseits aufgefasst, in dem „an öffentlichen Belangen orientierte Akteure gesellschaftliche Interessen, Werte und Forderungen artikulieren und organisieren“ (Croissant/Lauth/Merkel 2000: 16). Die normative Komponente des Zivilgesellschaftskonzepts findet ihren Ausdruck in vier Minimalkriterien zur Unterscheidung von Zivilgesellschaft und anderen Formen kollektiven gesellschaftlichen Handelns: (1) Freiwilligkeit der Mitgliedschaft; (2) Autonomie der Organisation vom Staat und der politischen Gesellschaft; (3) Gewaltfreiheit der Handlungen; (4) Öffentlichkeitsbezug von Anliegen und Aktivitäten.

Darüber hinaus lassen sich aus der Entwicklungsgeschichte des Zivilgesellschaftsbegriffs vier³ Funktionen identifizieren, die „in unterschiedlichen regionalen, kulturellen und geschichtlichen Kontexten von unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren oder Strukturen“ (Croissant/Lauth/Merkel 2000: 16) wahrgenommen werden können. Im Einzelnen sind dies:

- 1) Die Schutzfunktion, mittels derer die Bürger vor Eingriffen des Staates in ihre Privatsphäre geschützt werden und sich eine autonome Sphäre jenseits des Staates bildet, in der sich die Individuen unabhängig und frei vom Staat entwickeln können.
- 2) Die Funktion der Vermittlung gesellschaftlicher Meinungen und Interessen an den Staat.
- 3) Die bereits von Tocqueville in seiner Studie „Über die Demokratie in Amerika“ (1835/40) erläuterte sozialisierende Funktion freier Assozia-

² Zur Debatte um die unterschiedlichen Verständnisse und Konzepte von Zivilgesellschaft vgl. Gosewinkel/Rucht (2004), Gosewinkel/Reichardt (2004), Kocka (2003) sowie Heinrich (2005). Hierbei lassen sich Gosewinkel/Rucht (2004) und Gosewinkel/Reichardt (2004) folgend zwei Diskussionsstränge identifizieren: Eine – diesem Beitrag zugrundeliegende – bereichslogische Tradition, die Zivilgesellschaft als einen sozialen Raum definiert, der zwischen der Wirtschaft, dem Staat und dem Privaten angesiedelt ist, und eine handlungslogische Tradition, die Zivilgesellschaft stärker als Qualität sozialen Handelns begreift.

³ In diesem Beitrag werden die im Konzept von Croissant/Lauth/Merkel (2000) noch als getrennt aufgeführten Funktionen der „Sozialisierung“ und der „Gemeinschaft“ zu einer Funktion zusammengefügt, womit sich die ursprüngliche Zahl von fünf Funktionen auf vier reduziert.

tionen. Die Vermittlung demokratischer Werte und Bürgertugenden innerhalb zivilgesellschaftlicher Vereinigungen („Schulen der Demokratie“, Tocqueville) trägt grundlegend zur Bewahrung der Freiheit in der demokratischen Gesellschaft bei (Diamond 1994). Daneben lässt eine stärker kommunitaristische Lesart der Sozialisierungsfunktion ebenso den Schluss zu, dass zivilgesellschaftliche Assoziationen auch eine Gemeinschaftsfunktion ausüben, indem sie das Gruppen- und Bindungsbedürfnis der Bürger in modernen Gesellschaften befriedigen und Sozialkapital generieren (Putnam 2001).

- 4) Die Kommunikationsfunktion, mittels derer Zivilgesellschaftsakteure auch schwer organisierbare oder benachteiligte Interessen an das politische Zentrum herantragen kann und diese so in den politischen Entscheidungsprozess eingespeist werden können.

Kompetitiver Autoritarismus

Im Unterschied zum Zivilgesellschaftsbegriff handelt es sich beim kompetitiven Autoritarismus um ein erst jüngst in die Debatte eingeführtes Analysekonzept (Levitsky/Way 2002). Kompetitive autoritäre Regime unterscheiden sich von anderen Formen nicht-demokratischer Herrschaft durch das Merkmal des begrenzten politischen Wettbewerbs. Im Unterschied zu „geschlossenen autoritären Systemen“ (Diamond 2002) sind kompetitiv-autoritäre Regime dadurch gekennzeichnet, dass sie formale demokratische Institutionen und ein signifikantes Niveau an Wettbewerb kennen (Brownlee 2009: 524). Jedoch werden demokratische Prozeduren in einem solchen Maß verletzt, dass die Institutionen demokratische Mindeststandards verfehlen. Kompetitiv-autoritäre Systeme wandeln also zwischen demokratischen und autokratischen Praktiken. Von den elektoral-hegemonialen Regimen unterscheidet sie, dass die Ablösung der autoritären Herrscher durch Wahlen nicht *grundsätzlich* ausgeschlossen ist (Howard/Roessler 2006).

Der begrenzte Wettbewerb der kompetitiven Regime konstituiert sich in den vier Arenen Wahlen, Parlament, Justiz und Medien (Levitsky/Way 2002: 54). Die „elektorale Arena“ ist der zentrale Ort der politischen Auseinandersetzung. Zwar sind Wahlen auch in kompetitiven autoritären Systemen nicht uneingeschränkt frei und fair; sie sind jedoch mehr als eine reine Fassade, so dass ein Wahlerfolg der Opposition nicht auszuschließen ist (op. cit.: 55). Aufgrund ihres kompetitiven Charakters sind Wahlmanipulationen für die Herrschaftseliten mit hohen Kosten verbunden und erfolgen nur in Ausnahmefällen und mit einem für die Herrschaftslegitimation ungewissen Ausgang.

Im Vergleich zur „elektoralen Arena“ sind die Möglichkeiten der Opposition, das Regime herauszufordern, in der legislativen und judikativen Arena oftmals begrenzt und von untergeordneter Bedeutung. Bedeutsamer hingegen sind die Medien. Hier bieten sich der Opposition Möglichkeiten der Artikulation von Dissens und Protest.

Versuche der autoritären Herrschaftseliten, durch die Vergabe von Publikationslizenzen, restriktive Pressegesetze und Korruption die Medien als „arena of contestation“ auszuschalten, bleiben häufig erfolglos. Gleichzeitig sind dem Einsatz solcher Instrumente Grenzen gesetzt, da kompetitiv-autoritäre Systeme der Legitimation bedürfen und auf Kooptation angewiesen sind. Damit wird deutlich, dass kompetitiv-autoritäre Systeme in ihrer Funktionslogik regimeinhärenten Spannungen ausgesetzt sind. Dieses Spannungsfeld hat jedoch nicht zur Folge, dass kompetitiv-autoritäre Regime eine durchschnittlich kürzere Lebensdauer als andere Formen autoritärer Herrschaft aufweisen. Im Gegenteil, sie können einen hohen Grad an Persistenz entwickeln, wie quantitativ-vergleichende Studien belegen (Hadenius/Teorell 2006, Brownlee 2009). Einer der Gründe hierfür ist die Kooptation oppositioneller Kräfte mit Hilfe der demokratischen Institutionen und damit einhergehend die Möglichkeit, Protest zu kanalisieren. Dabei eröffnen sich gleichzeitig insbesondere für die Zivilgesellschaft Betätigungsfelder zur Wahrnehmung ihrer Funktionen, da die autoritären Eliten keinen hegemonialen Herrschaftsanspruch erheben.

2 Historische Ursprünge und Entwicklungsetappen der malaysischen Zivilgesellschaft

Die historischen Ursprünge der malaysischen Zivilgesellschaft reichen zurück in das 19. Jahrhundert und in die britische Kolonialherrschaft. In dieser Zeit entstanden bereits kulturelle und religiöse Gruppen, chinesische Lehrerverbände und malaiische Bauernoder Wohlfahrtsorganisationen, die als Vorläufer der heutigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gelten (Kaneko 2002: 180). In der Zeit nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1957 lassen sich insgesamt drei Entwicklungsphasen identifizieren.

Die *Anfangsphase* reicht von 1957 bis 1969. In dieser Frühphase agierten vor allem kulturelle und religiöse Vereinigungen der drei großen ethnischen Gruppen des Landes, d.h. der Malaien, Chinesen und Inder (Tham 1977), zwischen denen kaum organisatorische und personelle Bezugspunkte existierten. Vielmehr schlossen sich Malaien, Chinesen und Inder in ihren Assoziationen zusammen, um die Interessen der eigenen ethnischen Gruppe gegenüber dem Staat besser wahrnehmen zu können. Die gesellschaftlichen Vereinigungen waren somit bereits zu diesem frühen Zeitpunkt ethnisch segmentiert und spiegelten die Interessenkonflikte zwischen den drei Ethnien wider. Auf Seiten der Malaien waren vor allem Vereinigungen zur Förderung der malaiischen Kultur aktiv. Ihre Zahl stieg im genannten Zeitraum von 72 auf 200 an (Tham 1977: 34). Da sie jedoch häufig auf Anordnung der malaysischen Regierung gegründet bzw. kooptiert wurden, lassen sie sich nicht eindeutig der Zivilgesellschaft zuordnen – ein Umstand, der eine analytische Trennung zwischen staatsunabhängiger Zivilgesellschaft und staatlich kooptierten zivilgesellschaftlichen Organisationen für die folgenden Jahrzehnte erschwert.

Auch die Anzahl der Vereinigungen der indisch-stämmigen Bevölkerung nahm stark zu, so dass 1975 bereits 252 Organisationen registriert waren (ebd.: 108). Schließlich formierten sich auch auf Seiten der chinesischen Malaysier in den 1950er Jahren Vereinigungen, darunter insbesondere die einflussreiche „Dongjiaozong“⁴, die den Schutz und Erhalt der chinesischen Sprache, Kultur und Schulen zum Ziel hatte (Weiss 2004: 265; Tan Liok Ee 1992; Kua Kia Soong 2005). Darüber hinaus entstanden in den Anfangsjahren staatsnahe Bauernvereinigungen und Wohlfahrtsverbände, die sich vor allem als Interessenvertretungen der malaiischen Landbevölkerung sahen (Kaneko 2002: 180). Zivilgesellschaftlich wenig bedeutsam waren hingegen Gewerkschaften wie der 1949 gegründete Malaysian Trade Union Congress (MTUC), die auch aufgrund chronischer Unterfinanzierung und hoher Mitgliedervolatilität wenig konfliktfähig waren und kaum über Einflussmöglichkeiten verfügten (Jesudason 1996: 143).

Mit dem Aufkommen neuer gesellschaftlicher Organisationsformen beginnt in den 1970ern die Phase der „NGOisierung“ der malaysischen Zivilgesellschaft. In dieser Zeit verschwanden viele der alten Bauern- und Wohlfahrtsverbände und der kleineren religiösen Vereine. Zeitgleich entstanden Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen, die zu „neuen“ Themen wie dem Umwelt- und Verbraucherschutz, den Menschenrechten und dem Schutz von Frauen vor sexueller Gewalt, Arbeiterrechten und der politischen Bildung von Schülern und Studenten arbeiteten (Kaneko 2002: 182). Ferner entstand mit der Dakwah-Bewegung eine religiöse Massenbewegung, deren wichtigster Einzelakteur die Jugendorganisation ABIM (Angkatan Belia Islam Malaysia) war (Jomo/Cheek 1992: 79). Getragen wurde der ABIM vor allem von muslimischen Studenten und Angehörigen der malaiischen Mittelklasse (Funston 1985: 171). Bis 1992 gewann die Organisation, zu deren Gründungsmitgliedern auch der aktuelle Oppositionsführer Anwar Ibrahim zählte, mehr als 50.000 Anhänger. Zudem entstanden einige bis heute bedeutende regierungskritische Menschenrechtsgruppen wie die 1977 gegründete Aliran, Suara Rakyat Malaysia (SUARAM) und Persatuan Hak Asasi Manusia Malaysia (HAKAM), die sich (wie etwa SUARAM) auch für inhaftierte Oppositionelle einsetzten (Hassan 2002). Gleichfalls in diese Zeit fällt die Gründung der Women's Aid Organisation (WAO) und der All Women's Action Society of Malaysia (AWAM), die sich vor allem für den Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt und die rechtliche Gleichstellung der Frauen einsetzten (Lai 2003). Die ethnischen Grenzen zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen aus der Frühphase der Zivilgesellschaft sind auch in der zweiten Entwicklungsperiode zu beobachten. So galt der ABIM in den 1970er und 1980er Jahren als bedeutsamste Massenorganisation, die ausschließlich die Interessen der muslimischen Mehrheitsbevölkerung ver-

⁴ Die United Chinese School Committees' Association (UCSCA) und United Chinese School Teachers' Association (UCSTA) werden unter dem Sammelbegriff „Dongjiaozong“ gefasst (Tan Liok Ee 1992: 181).

trat. Vor diesem Hintergrund sind die zahlreichen NGO-Gründungen in diesem Zeitraum zu sehen, in denen sich die indischen und chinesischen Bevölkerungsteile organisierten, und die darauf ausgerichtet waren, die politische Partizipation der Chinesen und Inder zu fördern und somit einer Marginalisierung dieser Gruppen entgegenzuwirken.

Eine die gesamte malaysische Gesellschaft ansprechende Zivilgesellschaftsbewegung entstand erst Ende der 1990er Jahre mit der Reform-Bewegung um Anwar Ibrahim (Weiss 2006). In den von der „Reformasi-Bewegung“ organisierten Aktionen im Vorfeld der Wahlen 1999 zeigte sich die enge Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Oppositionsparteien und die gestiegene Organisations- und Aktionsfähigkeit der Zivilgesellschaft. Im neuen Jahrtausend setzte die im Vorfeld der Parlamentswahlen 2008 aktive, von Zivilgesellschaftsgruppen und Oppositionspolitikern geführte „Koalition für Saubere und Faire Wahlen“ (BERSIH) diese Entwicklung fort. Ferner kam es im November 2007 zu öffentlichkeitswirksamen Protesten der Hindu Rights Action Force (HINDRAF), einem Zusammenschluss von 30 hinduistischen NGOs, die die Verbesserung der politischen und ökonomischen Situation des indisch-stämmigen Bevölkerungsteils Malaysias forderten.

Somit lässt sich über die vergangenen fünf Jahrzehnte ein Wandel erkennen von der durch kulturelle und wohlfahrtsstaatliche Organisationen geprägten zu einer von NGOs, muslimischen Gruppierungen und temporären Protestbewegungen getragenen Zivilgesellschaft. Diese Entwicklung suggeriert, dass gesellschaftliche Vereinigungen im neuen Jahrtausend in steigendem Maße als Träger zivilgesellschaftlicher Funktionen in Erscheinung treten. Inwieweit dies zutrifft, wird im nächsten Schritt überprüft.

3 Gesellschaftliche Vereinigungen als Träger zivilgesellschaftlicher Funktionen?

Wie eingangs ausgeführt, unterscheiden Croissant, Merkel und Lauth (2000) vier zivilgesellschaftliche Funktionsbereiche: (1) Schutz der Bürger vor Eingriffen des Staates in ihre Privatsphäre; (2) Vermittlung zwischen Gesellschaft und politischer Sphäre; (3) die Sozialisations- und Gemeinschaftsfunktion sowie (4) die Kommunikationsfunktion.

Schutzfunktion

In ihrer aktuellen Form umfasst die malaysische Zivilgesellschaft zahlreiche Gruppen, die sich für einen besseren Schutz der Bürgerrechte einsetzen, allen voran Aliran, die seit ihrer Gründung 1977 vor allem die Inhaftierung von Regierungskritikern unter dem Internal Security Act (ISA) kritisiert. Dabei verbuchte die malaysische Zivilgesellschaft im Frühjahr 2009 einen Teilerfolg, als der neue Ministerpräsident Najib Abdul Razak anlässlich seines Amtsantritts eine „umfassende Überprüfung“ des ISA ankündigte (Malaysiakini 2009b). Zudem wurden im April

und Mai 2009 insgesamt 26 der unter dem ISA inhaftierten Personen freigelassen, darunter auch die fünf im Jahre 2007 verhafteten Anführer der HINDRAF-Bewegung (Malaysiakini 2009c). Dennoch zeigt das Beispiel des ISA die engen Restriktionen, denen die malaysische Zivilgesellschaft bei der Wahrnehmung ihrer Schutzfunktion unterworfen bleibt. So hat die angekündigte Überprüfung des ISA bislang keine sichtbaren Konsequenzen gehabt. Vielmehr wurden im August 2009 auf einer gemeinsamen Demonstration von Zivilgesellschaftsgruppen und Oppositionsparteien gegen den ISA erneut fast 600 Demonstranten vorübergehend festgenommen (Malaysiakini 2009d).

Diese Beschränkungen bei der Wahrnehmung der Schutzfunktion sind keine Ausnahme. So beschloss das malaysische Parlament 1999 auf Druck eines breiten zivilgesellschaftlichen Aktionsbündnisses die Einrichtung einer nationalen Menschenrechtskommission (Suruhanjaya Hak Asasi Manusia Malaysia – Suhakam). Die Einrichtung der Kommission ist an sich schon ein Erfolg. Zweifel hinsichtlich der Unabhängigkeit und Effektivität der Institution sind aber angebracht, da die Kommissionäre vom König auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernannt werden und die Kommission nur eine beratende Funktion gegenüber der Regierung hat (Weiss 2003: 154). Tatsächlich sieht sich die Suhakam dem Vorwurf ausgesetzt, nur das Feigenblatt für einen vorgeblich besseren Menschenrechtsschutz abzugeben, ohne dass dies mit substantiellen Reformen des Rechtsstaats einhergeht (Malaysiakini 2010).

Vermittlungsfunktion

In den vergangenen zwei Dekaden waren Zivilgesellschaftskateure hinsichtlich der Vermittlungsfunktion auf vier Themengebieten besonders aktiv. Erstens ist der Einsatz zahlreicher Frauenrechtsgruppen zu nennen (Mohamad 2002; Tan/Bishan 1994). Hierbei führte die gemeinsame Kampagne der AWAM, der WAO und der Sisters In Islam (SIS) Mitte der 1990er Jahre zur Verabschiedung eines „Domestic Violence Act“, der allerdings deutlich hinter den Forderungen dieser Gruppen zurückblieb (Mohamad 2002: 233).

Zweitens erreichten NGOs wie die Environment Protection Society of Malaysia (EPSM) und Sahabat Alam Malaysia (SAM) in den 1980er Jahren den Stopp des umstrittenen Staudammprojekts Tembeling im Nationalpark Taman Negara (Kathirithamby-Wells 2005: 326). Bei ihrem Widerstand gegen Regierungsprojekte wie dem Bakun Damm in Sarawak vertreten Umweltgruppen auch die Interessen der dort lebenden indigenen Völker. Zu Beginn des Jahrtausends schlossen sich schließlich 20 Gruppierungen in der Sammelbewegung Malaysian Environment NGOs (MENGO) zusammen (Weiss 2006). Freilich setzt sich die malaysische Regierung häufig mit dem Verweis auf wirtschaftliche Notwendigkeiten über die Anliegen dieser Gruppen hinweg (Ramakrishna 2003: 124), oder reagiert mit dem Einsatz von Repression auf Kritik an ihrer Politik. So hat die nach dem Societies Act

von 1966 für die Zulassung sämtlicher gesellschaftlicher Vereinigungen zuständige Behörde im Dezember 2009 der Umweltschutzorganisation SAM mit dem Entzug ihrer Lizenzierung gedroht, da deren Kritik an Waldrodungen auf Borneo das nationale Interesse gefährde (Malaysiakini 2009e).

Drittens fordern zahlreiche muslimische NGOs und Vereinigungen von der Regierung eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Muslime im Land (Mutalib 1993). Hierbei geraten konservative islamische Organisationen immer wieder mit säkularen und anderen religiösen Gruppen innerhalb der Zivilgesellschaft in Konflikt, da sie die Einführung der „Scharia“ als alleinige Rechtsquelle fordern (Muzaffar 1987: 33; Jomo/Cheek 1992: 85f.). Die Unstimmigkeiten hierüber stehen sinnbildlich für die grundlegenden Interessensgegensätze zwischen den ethnischen Gruppen, die sich sehr stark auf die Zivilgesellschaft auswirken und diese entlang ethnischer Grenzen strukturieren. Insbesondere die konservativen islamischen Assoziationen verhindern mit ihrer religiösen Agenda eine Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen. Dabei dürfte der politische Einfluss dieser Gruppen deutlich größer sein als der säkularer NGOs, da sie den Anspruch erheben, die Interessen der muslimischen Bevölkerungsmehrheit zu vertreten, auf deren Wählerstimmen die malaiischen Regierungsparteien angewiesen sind (Freedman 2009: 114).

Viertens sind mit Blick auf die Vermittlungsfunktion der Zivilgesellschaft auch die Proteste der Reformasi-Bewegung Ende der 1990er Jahre sowie von BERSIH und HINDRAF im Jahre 2007 zu nennen. Insbesondere die Reformasi-Bewegung und ihr Programm haben die Forderung nach politischen und ökonomischen Reformen in die Öffentlichkeit getragen (Weiss 2006). Die weiterhin hohe Relevanz der von Reformasi erhobenen Forderungen zeigt sich in den inhaltlichen und organisatorischen Gemeinsamkeiten zwischen der Reformasi- und der BERSIH-Bewegung vom November 2007 (Weiss 2009). Allerdings hat die Regierung auf Forderungen nach politischer Liberalisierung und ökonomischen Reformen bislang deutlich negativer reagiert, als auf die Anliegen von Umwelt- und Frauenrechtsgruppen.

Sozialisationsfunktion

Eine weitere Funktion der „bürgerschaftlichen Vereinigungen“ betrifft ihre Rolle als „Volksschulen der Demokratie“, in denen die Bürger in zivilen Tugenden und demokratischen Werten geschult werden und darüber hinaus Kollektivgüter wie Sozialkapital und interpersonelles Vertrauen erbracht werden. Hierzu sind drei Einschränkungen angebracht.

Zum einen hat die große Mehrzahl der Nichtregierungsorganisationen kaum 100 oder weniger Mitglieder (Weiss 2006: 110). Zwar geben in den Umfragen des Asia-Barometer Survey (2007) fast ein Drittel aller Befragten (31,6%) an, einer (20,5%) oder mindestens zwei gesellschaftlichen Vereinigungen (11,1%) anzugehören. Acht von zehn Mitgliedschaften entfallen jedoch auf ethnisch-basierte politische Parteien,

Nachbarschaftsvereine, religiöse Gruppen oder Sportvereine und Freizeitgruppen, also auf Assoziationsformen, die entweder nicht Teil der Zivilgesellschaft sind (Parteien), oder deren Stellenwert als Schulen der Demokratie durchaus kritisch zu hinterfragen ist (Sport- und Nachbarschaftsvereine, teils auch religiöse Gruppen; vgl. Park 2009).

Zweitens zeigen Untersuchungen, dass die Mitglieder der neuen NGOs überwiegend der westlich ausgebildeten Oberschicht angehören (Kaneko 2002: 184; Tan/Bishan 1994: 6), also einem Personenkreis, von dem aufgrund seines Bildungswegs angenommen werden darf, dass hier demokratische Einstellungsmuster stärker verankert sind als im Durchschnitt der Bevölkerung, dessen Angehörige in eher privilegierten gesellschaftlichen Verhältnissen leben und die vornehmlich in sozialem Kontakt mit den eigenen gesellschaftlichen Referenzgruppen des städtischen Bürgertums stehen. Aufgrund der geringen Zahl an Mitgliedern und Teilnehmern an Aktionen dieser Gruppen können die demokratischen Sozialisierungseffekte bürgerschaftlicher Vereinigungen nicht breitenwirksam zur Geltung kommen. Ähnlich wie andere, weniger eindeutig der Zivilgesellschaft zurechenbarer Organisationen, bieten diese Assoziationsformen politische Partizipationsmöglichkeiten, vermitteln aber nur in geringem Umfang bürgerschaftliche Normen und demokratische Werte (Park 2009).

Drittens und hinsichtlich der (Re)Produktion von „brückenbildendem Sozialkapital“ (Putnam Datum fehlt) und interpersonellem Vertrauen besonders bedeutsam, ist die ethnische Segmentierung der Assoziationslandschaft zu nennen. So überwiegt in den säkularen NGOs der Anteil der indisch- und chinesisch-stämmigen Mitglieder, wohingegen sich die malaiischen Bürger in islamischen Gruppierungen sammeln (Weiss 2006: 110). Dieser Umstand ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die säkularen NGOs vor allem in den urbanen Gegenden Malaysias aktiv sind, während nur wenige zivilgesellschaftliche Organisationen – mit Ausnahme religiöser Gruppierungen – in den ländlichen Regionen, in denen Malaien die Mehrheit stellen, arbeiten (Kaneko 2002: 183). Des Weiteren war die Gründung zahlreicher NGOs in den Anfangsjahren motiviert durch Befürchtungen der Chinesen und Inder, in der neuen politischen Ordnung nach 1969 marginalisiert zu werden. Die gegründeten zivilgesellschaftlichen Assoziationen dienten folglich der Förderung spezifischer ethnischer Interessen – ein Umstand, unter dem die Organisationen bis heute leiden. Die ethnische und räumliche Trennung gesellschaftlicher Assoziationen erweist sich auch deshalb als ungünstig für die Zivilgesellschaftsentwicklung, da sie mit einem niedrigen Grad interpersonellen Vertrauens einher geht. So weisen die Umfragedaten des AsiaBarometer Survey (2007) für Malaysia einen der niedrigsten Werte in ganz Asien auf: lediglich 12,9 Prozent der Befragten geben an, ihren Mitbürgern zu vertrauen – ein Mangel an interpersonellem Vertrauen, den offensichtlich auch die Bemühungen der zivilgesellschaftlichen Vereinigungen nicht beheben können und der gleichzeitig ihren Fortbestand gefährdet.

Kommunikationsfunktion

Ähnlich der Vermittlungsfunktion sind für die Kommunikationsfunktion die partiellen Erfolge der zivilgesellschaftlichen Akteure auf dem Gebiet der Frauenrechte und des Umweltschutzes zu erwähnen. Gesellschaftlich benachteiligten Gruppen wie Frauen oder indigenen Minderheiten wird hierdurch die Möglichkeit geboten, ihre Anliegen an das politische System heranzutragen. Kritisch zu bewerten ist jedoch der Einfluss staatlicher und konservativer muslimischer Elemente auf gesamtgesellschaftliche Diskussionen, gegen den sich die Vertreter anderer muslimischer und nicht-muslimischer Organisationen nur unzureichend zur Wehr zu setzen wissen (Muzaffar 1984: 370f.). Vielmehr haben konservative muslimische Gruppen die Deutungshoheit über Themen wie die Einführung der Scharia erlangt und machen ihren Kontrahenten erfolgreich das Recht auf freie Meinungsäußerung streitig (The Star 2009), während die Vertreter anderer Religionsgemeinschaften mit den Begründungsargumenten der konservativ-muslimischen Verbänden kaum etwas anzufangen wissen.

Positiv wirken hingegen die Kommunikationsmöglichkeiten der neuen Medien. Das Internet hat sich zu einer wichtigen Informationsquelle entwickelt, und zahlreiche Blogs bieten die Möglichkeit, Interessen aus der Peripherie in den gesellschaftlichen Diskurs einzuspeisen (Malaysiakini 2009a). Internetforen sind auch deshalb als alternative Öffentlichkeit wichtig, da die Printmedien (insbesondere Tageszeitungen) aufgrund staatlicher Restriktionen der Zivilgesellschaft nur sehr eingeschränkt als Kommunikationsmedien dienen können (Anuar 2002: 139). Freilich darf die Bedeutung des Internets auch nicht überschätzt werden (Ufen 2009: 616). Nach Daten des AsiaBarometer Survey (Datum) benutzen weniger als ein Drittel der Befragten überhaupt das Internet. Darüber, wie viele der Nutzer über dieses Medium tatsächlich von zivilgesellschaftlichen Akteuren erreicht werden, existieren keine verlässlichen Daten.

Somit ergibt sich aus der Betrachtung der Kommunikationsfunktion ein ähnlich ambivalentes Fazit, wie bereits bei den drei übrigen Funktionen. Zwar existieren inzwischen zahlreiche Initiativen, Gruppen und Akteure, die auf einen besseren Menschenrechtsschutz der Bürger, die Thematisierung bislang marginalisierter Interessen, die Initiierung und Beeinflussung gesamtgesellschaftlich relevanter Debatten und die Sozialisation demokratischer Einstellungs- und Verhaltensmuster hinarbeiten. Allerdings unterliegen diese Aktivitäten unterschiedlich drastischen Einschränkungen durch den Staat. Sie können daher nur als eingeschränkt frei bezeichnet werden, worunter die Effektivität der zivilgesellschaftlichen Kommunikationsfunktion leidet.

4 Critical Junctures und Zivilgesellschaftsentwicklung

Die bisherige Analyse hat einen tief greifenden Struktur- und Funktionswandel in der Zivilgesellschaft Malaysias aufgezeigt. Zugleich ist deutlich geworden, dass

bürgerschaftliches Engagement und Assoziationen in der Institutionenordnung des kompetitiven Autoritarismus erheblichen Einschränkungen unterliegen. Aus der Perspektive des Historischen Institutionalismus gilt es folglich, die Ausgangsbedingungen (*initial conditions*) und entscheidenden Momente (*critical junctures*) der Entwicklung jener Institutionen zu betrachten, welche in Malaysia die Struktur und Funktionsweise der Zivilgesellschaft maßgeblich beeinflusst haben und weiterhin wirkungsmächtig sind. Dabei können drei dieser „critical junctures“ identifiziert werden: (1) der Übergang zur vollen staatlichen Souveränität 1957; (2) die Unruhen von 1969 und das nachfolgende Notstandsregime bis 1971; (3) die Operation Lalang 1987. Ein vierter Moment *möglicher* institutionellen Wandels bildet das Jahr 1999 und der nachfolgende Zeitraum.

Die Ausgangsbedingungen für den ersten kritischen Entscheidungspunkt 1957 sind geprägt durch das Entstehen einer ethnisch segmentierten Gesellschaft unter der britischen Kolonialherrschaft sowie durch den kommunistischen Aufstand, der das Land vor dem britischen Abzug zu destabilisieren drohte (Loh Kok Wah 2002: 22).⁵ Die in der Verfassung von 1957 und dem Elitenkompromiss Mitte der 1950er Jahre („bargain“) festgezurrtten politischen Spielregeln reflektierten diese doppelte Herausforderung und waren auch für die entstehende Zivilgesellschaft bedeutsam. So hatten die Briten zur Bekämpfung der Kommunisten in den 1940er Jahren eine Reihe repressiver Maßnahmen erlassen, darunter den bis heute geltenden ISA, die auch nach der Unabhängigkeit des Landes fortbestanden. Wichtiger noch war das von den malaiischen Eliten sowie den Vertretern der chinesischen und indischen Minderheiten ausgehandelte ethnisch-hegemoniale Machtteilungsarrangement, das ein friedliches Zusammenleben der drei Volksgruppen nach der Unabhängigkeit ermöglichen sollte (Verma 2002: 32ff.). So wurden in der Verfassung der Islam als Staatsreligion und Malaiisch als Nationalsprache verankert und die Kompetenzen der malaiischen Sultane festgeschrieben. Weiterhin einigten sich die Eliten der drei großen ethnischen Gruppen auf die Bildung einer von der United Malays National Organization (UMNO) geführten multiethnischen Regierungsallianz unter Beteiligung des Malaysian Indian Congress (MIC) und der Malaysian Chinese Association (MCA), der ein malaiischer Ministerpräsident vorstehen sollte (Mauzy 2006b: 53). Darüber hinaus wurde die Dominanz der Malaien in Militär und Staatsverwal-

⁵ Infolge der von den Briten zunächst geförderten Ansiedlung indischer und chinesischer Arbeitskräfte kam es zu einem dramatischen demographischen Wandel. Bis 1931 war die Zahl der Chinesen in British Malaya auf 1.7 Million angewachsen, denen 1.6 Millionen Malaien gegenüberstanden. Insgesamt gehörte zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit fast jeder zweite Einwohner der chinesischen oder indischen Minderheit an (Means 1970). Neben kulturellen Unterschieden wie Sprache und Religion markierten auch wirtschaftliche und sozialstrukturelle Unterschiede eine bedeutende Differenz zwischen den Bevölkerungsgruppen. Während 1970 mehr als 70 Prozent der Chinesen und knapp 50 Prozent der Inder entweder zur Mittelschicht oder zur Arbeiterschaft gehörten, traf dies nur auf etwa dreißig Prozent der Bumiputera zu (Crouch 1996: 185). Gleichzeitig befand sich 1970 mehr als ein Drittel des Unternehmenskapitals in den Händen chinesisch-stämmiger Unternehmer; Malaien hingegen kontrollierten nur ca. zwei Prozent, der Rest entfiel auf ausländische Unternehmen und Individuen.

tung festgeschrieben, während Chinesen und Indern die Staatsbürgerschaft und der Schutz ihres Besitzes im Rahmen einer liberalen Wirtschaftsordnung garantiert wurden (Crouch 1996).

Aufgrund des Vorhandenseins von Merkmalen wie kultureller Autonomie, Machtteilung (unter malaiischer Vorherrschaft), Kooperation der Eliten in multiethnischen Koalitionen und der Gewährung von Repräsentationsrechten für Minderheiten wurde das politische Regime Malaysias nach 1957 in der Literatur zum Teil als konsoziative Demokratie bezeichnet (Vorys 1975; Zakaria 1989; Case 1996). Zugleich existieren aber schon in dieser „period of Laissez-faire“ (Kaneko 2002: 179) vielfältige Möglichkeiten zur Einschränkung der politischen und bürgerlichen Rechte, wie der ISA, der Trade Unions Act (1959) und der Industrial Relations Act von 1967, die dazu dienten, die Gewerkschaften zu überwachen (Jesudason 1996: 143; Derichs 2007: 152). Neben den Gewerkschaften waren u.a. auch regierungskritische Zeitungen von staatlichen Zwangsmaßnahmen betroffen, die schließlich in ihre Eingliederung in staatsnahe Medienunternehmen mündeten (Rodan 2004). Bedeutsam für die (Unter)Entwicklung der Zivilgesellschaft waren jedoch vor allem die Auswirkungen der neugegründeten Institutionen auf die Konstellation der politisch relevanten gesellschaftlichen Gruppen. Mit der Betonung der malaiischen Identität und Dominanz innerhalb der neuen Ordnung wurden wesentliche Forderungen der malaiischen Mehrheitsbevölkerung erfüllt (Mauzy 2006a: 62). Daneben wurde durch die Auflage von Förder- und Strukturentwicklungsprogrammen die Loyalität der malaiisch-muslimischen Landbevölkerung an die neue Ordnung gebunden (Jomo 1986: 247). Gleichzeitig konnten Inder und Chinesen durch die Gewährung der Staatsbürgerschaft und der Regierungsbeteiligung ihrer Parteien integriert werden. Insbesondere die ökonomisch starke chinesische Minderheit sah in der multiethnischen Regierungsbeteiligung ein geeignetes Instrument zur Sicherung ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Interessen (Case 2001: 44f.).

Modernisierung und sozioökonomischer Wandel, zunehmende Einkommensdisparitäten sowie die sich verschärfenden Spannungen zwischen den drei Bevölkerungsgruppen (Jomo 1986) schwächten in der Folge jedoch die Integrationskraft der Regierungsbeteiligung und damit eine zentrale Funktionsbedingung des Konsoziativmodells, wie in den Unruhen („riots“) von 1969 deutlich wurde. Bei den Wahlen verlor die regierende Allianz ihre Zweidrittelmehrheit im Nationalparlament sowie die Kontrolle über mehrere Parlamente in den Gliedstaaten. Im Mai 1969 kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den Anhängern der Allianz und der Opposition, in deren Verlauf nach offiziellen Angaben 196 Personen (die Mehrzahl davon Chinesen) starben (Crouch 1996: 24; ausführlich Means 1991).

Auf den drohenden Zusammenbruch der institutionellen Ordnung reagierten die Regimeeliten mit einer Neukalibrierung der vorhandenen Institutionen. Zunächst wurde ein Notstandsregime eingerichtet. Der National Operations Council (NOC) setzte die vorhandenen Institutionen der parlamentarischen Demokratie aus;

zugleich wurden die teils in der Verfassung verankerten oder, wie der ISA, noch aus der Kolonialzeit stammenden, Repressionsinstrumente dazu genutzt, um die Gesellschaft zu demobilisieren und anschließend durch Schaffung neuer (Officials Secrets Act, Universities and University Colleges Act) bzw. die Veränderung bestehender Institutionen (Sedition Act) das Regime in eine stärker autoritäre Richtung zu lenken (Pepinsky 2007: 117). Die Dreiparteienallianz vor 1969 wurde abgelöst von einer Vielparteienkoalition (Barisan Nasional, N) unter Führung der UMNO, die fast alle Oppositionsparteien einschloss (Means 1991). Flankiert wurde die Anpassung der Repressions- und Kooptationsmechanismen durch die New Economic Policy (NEP), deren erklärtes Ziel es war, die wirtschaftliche Gleichberechtigung der sogenannten „Bumiputera“ zu fördern.⁶

Zwar förderten die Veränderungen Anfang der 1970er Jahre auch die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft. So wuchs die malaysische Mittelschicht als Folge der NEP um mehr als zehn Prozent (Embong 1998: 93), was die Gründung von mittelschichtengestützten NGOs erleichterte. Zudem erhielten mehr Malaien Zugang zu den Universitäten des Landes. Aus der malaiischen Studierendenschaft rekrutierte sich wiederum die bereits erwähnte „Dakwah“-Bewegung (Funston 1985: 171). Ferner trug die Kooptation fast sämtlicher Oppositionsparteien dazu bei, dass nun zivilgesellschaftliche Organisationen in Ermangelung von Alternativen verstärkt als Sprachrohr für gesellschaftlichen Dissens auftraten, und es kam zu einer in der Häufigkeit und Intensität bis dahin nicht gekannten Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppen.

Freilich waren die Auswirkungen der NEP auf die Zivilgesellschaft in Malaysia keineswegs nur positiv. Als Nutznießer der NEP hatte die neue, staats-dependente malaiische Mittelschicht (Jesudason 1996: 146; Embong 1998: 107) ein starkes Interesse am Erhalt des politischen Status quo und unterstützte daher kaum regierungskritische Zivilgesellschaftsgruppen.⁷ Inder und Chinesen fühlten sich durch die einseitig an den Interessen der „Bumiputera“ orientierten New Economic Policy diskriminiert (Esman 1994: 69), was die Kooperation unterschiedlicher ethnisch gebundener Gruppen innerhalb der Zivilgesellschaft erschwerte. Zudem hatte die NEP den unbeabsichtigten Effekt, in Teilen der malaiischen Bevölkerung die Auffassung von Malaysia als einem Land der Malaien zu verstärken (Tanah Melayu), indem Angehörige anderer Ethnien lediglich Gästestatus (kaum pendatang) hätten (Zakaria/Kadir 2005: 48).

Die institutionellen Weichenstellungen während der zweiten critical juncture von 1969/71 – der Verzicht auf konkordanzdemokratische Strukturmerkmale zugunsten einer stärker autoritären Prägung des politischen Regimes und der Politikwechsel

⁶ Bumiputeras erhielten über ein Quotensystem bevorzugt Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen (Jomo 1986: 263). Ferner sollte die Armut unter den Malaien und Bumiputeras gezielt bekämpft und ihre unternehmerische Stellung gestärkt werden (Rüland 1998: 214).

⁷ Ähnliches gilt für die expandierende Gruppe der malaiischen Industriearbeiter (Rüland 1998: 214).

zur NEP – trugen maßgeblich zur Wiederherstellung politischer Stabilität in den 1970er bei, führten jedoch auf Seiten der chinesischen Minderheit zu großer Unzufriedenheit. Zugleich kam es innerhalb des Regimeblocks zu Konflikten über die Bildungspolitik (Tan Liok Ee 1992). Landesweite Proteste chinesischer Gruppen gegen die Besetzung von Lehrer- und Verwaltungsposten in chinesischen Schulen mit unzureichend qualifiziertem Personal fanden nicht nur Unterstützung bei der oppositionellen Democratic Alliance Party, sondern auch bei Mitgliedsparteien der BN wie dem MCA und Gerakan (Tan Liok Ee 1992: 196; Crouch 1996). Diese Entwicklung mündete 1987 in die Operation Lalang. Landesweit wurden sämtliche öffentliche Versammlungen und Demonstrationen verboten und zwischen dem 27. Oktober und 14. November 1987 wurden insgesamt 107 Personen verhaftet, darunter neben Angehörigen von Oppositions- und Regierungsparteien auch zahlreiche Zivilgesellschaftsaktivisten (Tan/Bishan 1994: 25). Des Weiteren wurden mehreren Zeitungen vorübergehend die Publikationslizenz entzogen (Weiss 2006: 124) und der Printing Presses and Publication Act (PPPA) erlassen sowie Einschränkungen des Versammlungsrechts verschärft (Verma 2002: 153). Darüber hinaus wurde im darauffolgenden Jahr die Unabhängigkeit der Justiz drastisch beschnitten (Weiss 2006: 124). Allerdings führte die Verhärtung des autoritären Regimes nicht zur Zählung regierungskritischer Stimmen außer- und innerhalb der Zivilgesellschaft. Vielmehr stieg die Zahl der neugegründeten NGOs nach 1987 genauso kontinuierlich an wie der Vernetzungsgrad innerhalb der Zivilgesellschaft.

Die trotz der autoritären Gegenmaßnahmen von 1987/88 verbesserte Organisations- und Koordinationsfähigkeit der malaysischen Zivilgesellschaft zeigte sich schließlich 1999 im Zusammenhang mit den Protesten der Reformasi-Bewegung, einem breiten interethnischen Bündnis verschiedener politischer und zivilgesellschaftlicher Gruppen. Ausgelöst wurde die Reformbewegung von mehreren Faktoren, insbesondere aber durch die während der Asienkrise im Regime aufbrechenden Konflikte, die in der Absetzung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Anwar Ibrahim gipfelten. Für die Zivilgesellschaft war die Reformasi aus zwei Gründen wichtig. Zum einen erfasste die Bewegung erstmals alle ethnischen Gruppen des Landes. Zum anderen war die Kooperation zwischen Oppositionsparteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen zumindest zeitweise erfolgreich und trug maßgeblich zum Erfolg der Opposition bei den Parlamentswahlen 1999 bei (Weiss 2009: 747).

Obgleich die Reformasi-Bewegung in den folgenden Jahren deutlich an Bedeutung verlor, zeigte sich im Vorfeld und bei den Wahlen 2008, dass eine mobilisierungs- und kooperationsfähige Zivilgesellschaft eine Herausforderung für die Herrschaftseliten darstellt. So kooperierten zivilgesellschaftliche Organisationen personell eng mit den oppositionellen Parteien (Weiss 2009: 751ff). Zahlreiche Aktivisten wie beispielsweise Elizabeth Wong oder Dr. Lee Boon Chye traten auf den Listen der Oppositionsparteien an und zogen in die Landes- bzw. in das Bundesparlament ein (Election Commission of Malaysia 2008). Die langjährige politische Erfahrung

dieser Kandidaten half den oppositionellen Parteien dabei, den Übergang in die Regierungsverantwortung in den neu hinzugewonnenen Landesparlamenten professioneller zu bewältigen. Des Weiteren artikulierten zivilgesellschaftliche Gruppierungen wie BERSIH und HINDRAF im Vorfeld der Wahlen die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten mit der Performanz der Regierungsparteien. Insbesondere die von der indischen Bevölkerungsminderheit getragenen Proteste von HINDRAF dürften zum Teil das schlechte Abschneiden der Regierungskoalition bei den Wahlen erklären. Umfragen im Vorfeld der Wahlen belegen, dass innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe die ethnischen Beziehungen und die Ungleichbehandlung der ethnischen Gruppen als das virulenteste Problem des Landes angesehen wurden (Merdeka Centre 2008). Die Verhaftung zahlreicher HINDRAF-Führer, die eine Wahlempfehlung der HINDRAF-Führung für die Oppositionsparteien nach sich zog (Pepinsky 2009), dürfte als einer der Hauptgründe für den Stimmenverlust des MIC zu sehen sein. Diese Form zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und die enge Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Oppositionsparteien trugen maßgeblich zu den Stimmengewinnen der Opposition bei (Weiss 2009: 751ff.). Ob diese Kooperation auf Dauer gestellt und institutionalisiert werden kann und ob dies zu substantiellen demokratischen Reformen im kompetitiv-autoritären Regime führen wird, bleibt bislang jedoch noch abzuwarten.

5 Herausforderer oder Stabilisator autoritärer Herrschaft?

Welche Bedeutung hat nun die Zivilgesellschaft für die Stabilität des kompetitiv-autoritären Regimes in Malaysia? Hat sich die malaysische Zivilgesellschaft zu einer ernstzunehmenden Herausforderung der autoritären Herrschaftskoalition entwickelt, oder trägt sie gar zum Stabilitätserhalt bei, da die Existenz einer limitierten Zivilgesellschaft die Legitimität und Kooptationsfähigkeit der autokratischen Ordnung stärkt? Um dies zu prüfen, bietet sich der Rückgriff auf die vier Wettbewerbsarenen des kompetitiv-autoritären Regimes nach Levitsky und Way (2002) an.

Die Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft in der Wahlarena sind per definitionem begrenzt, da das Zivilgesellschaftskonzept dieser Analyse zwischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Assoziationen unterscheidet und zivilgesellschaftliche Gruppen daher, sobald sie als Konkurrenten anderer Akteure die Wahlarena betreten, aufhören, Teil der Zivilgesellschaft zu sein. Allerdings zeigt sich für den Fall Malaysia, dass zivilgesellschaftliche Gruppierungen seit dem Aufkommen der Reformasi-Bewegung organisatorisch wie inhaltlich eng mit Oppositionsparteien kooperieren. Die Wahlerfolge der Opposition in den Jahren 1999 und 2008 sind dabei auch ein Beleg für den Erfolg dieser Zusammenarbeit. Insbesondere bei der letzten Parlamentswahl erlitt die Barisan Nasional drastische Stimmeneinbußen unter der chinesisch- und indischstämmigen Wählerschaft, also in jenen Bevölkerungssegmenten, die zivilgesellschaftlich besonders aktiv sind. Die Erosion der

Unterstützung für den MIC und die MCA wiederum schwächt die Regierungskoalition, da die nachlassende Fähigkeit dieser Parteien, ihre ethnisch definierten Wählerklientele zu binden, das Machtteilungsarrangement der herrschenden Eliten und damit auch die Stabilität des politischen Regimes insgesamt zu untergraben droht. Freilich gilt es hierbei anzumerken, dass nicht sämtliche in Malaysia registrierten zivilgesellschaftlichen Gruppierungen das Regime in der elektoralen Arena herausfordern. Zahlreiche muslimische NGOs, die sich im Februar 2010 zur besseren Koordinierung im „Majlis Perundingan NGO Melayu“ (MPM) zusammengeschlossen haben, arbeiten eng mit den Regierungsparteien zusammen und wirken herrschaftsstabilisierend. Besonders hervorzuheben ist hierbei die nach den Wahlen 2008 gegründete Organisation Perkasa, die sich für die Beibehaltung der speziellen Rechte der Malaien (Art. 153 der Verfassung) einsetzt und für eine Aufrechterhaltung des politischen Status quo im Land plädiert (The Star 2010).

Gleichwohl treten weite Teile der Zivilgesellschaft in der Wahlarena nur indirekt und in Kooperation mit Oppositionsparteien auf. Anders verhält es sich in der medialen Arena. So sind Internet-Blogs und die unabhängige Online-Zeitung *Malaysiakini* wichtige Foren der Artikulation regierungskritischer Positionen. Ferner bieten sich hier Möglichkeiten der Vernetzung zivilgesellschaftlicher Gruppen, was die Zusammenarbeit dieser Akteure erleichtert. Allerdings kontrollieren die Regierungsparteien unvermindert die Printmedien, Radio und Fernsehen. Dementsprechend beschränkt sich der Wettbewerb in dieser Arena weitgehend auf das Internet. Somit ist festzuhalten, dass es dem autoritären Regime zumindest bislang gelungen ist, zivilgesellschaftliche Herausforderungen in der Medienarena auf den Bereich der neuen Medien zu begrenzen.

Am schwächsten sind die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, das autoritäre Regime herauszufordern, zweifelsohne in der dritten Arena des politischen Wettbewerbs, dem Justizsystem. Mit Ausnahme der National Human Rights Society (Hakam) und der malaysischen Anwaltskammer (Badan Peguam Malaysia) gibt es keine Standesvereinigungen oder ähnliche Zusammenschlüsse, die in diesem Bereich als Sprachrohr der Zivilgesellschaft aktiv wären. Weiterhin werden die Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft in dieser Arena auch dadurch sehr stark begrenzt, da spätestens seit der Absetzung der Richter am Obersten Gerichtshof im Jahre 1988 (Weiss 2006: 124) durch die Regierung Mahathir die Unabhängigkeit der Justiz nicht mehr gegeben ist. Die Schwäche der Zivilgesellschaft in dieser vom Regime weitestgehend kontrollierten Arena zeigte sich nicht zuletzt auch in den folgenlosen Protesten gegen diesen Schritt.

Die Beurteilung der Rolle von Zivilgesellschaft als Stabilisator oder Herausforderer der Autokratie in der legislativen Arena muss differenziert ausfallen. Zwar sind schon seit den 1980er Jahren Zivilgesellschaftsakteure mit Gesetzesvorhaben (z.B. Umwelt, Frauenrechte) an das Parlament herantreten und artikulierten dabei Kritik an den letztlich von Regierung und Parlament zu verantwortenden Missständen.

Zugleich aber kann der Interessenartikulation von Zivilgesellschaftsakteuren auch eine stabilisierende Funktion für das Regime beigemessen werden, da Kritik und die Forderungen nach Veränderung im Rahmen der vorhandenen Institutionen der autoritären Ordnung artikuliert und bearbeitet wurden. Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Gesetzgebungsprozess und das Aufgreifen mancher Kritikpunkte waren für das autoritäre Regime mit relativ geringen Kosten verbunden, da hiervon keine herrschaftssensitiven Bereiche betroffen waren.

Eine differenzierte Bewertung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in dieser Arena ist hinsichtlich der Rolle konservativer muslimischer Organisationen wie beispielsweise Perkasa nötig. So waren in der Vergangenheit insbesondere bei religiösen Themen wie der Durchsetzung der Scharia „policy-Allianzen“ zwischen Vereinigungen wie dem ABIM und der Regierungspartei UMNO zu beobachten, die der Regierungskoalition die Unterstützung weiterer Teile der muslimischen Bevölkerung sicherten. Gleichzeitig verhinderte das Eintreten für konservative religiöse Positionen von Teilen der muslimischen Vereinigungen die Verbreitung zivilgesellschaftlicher Kooperationsformen unter Einschluss dieser Gruppen. Diese Form von Interessenkoalitionen zwischen UMNO und Teilen der Zivilgesellschaft wirkte jedoch auch schwächend auf das kompetitiv-autoritäre Regime, da die chinesischen und indischen Bevölkerungsgruppen vor allem bei den Wahlen von 2008 auf die Dominanz konservativ-muslimischer Kräfte bei der Politikformulierung mit Abwanderung zu den Oppositionsparteien reagierten.

Zusammenfassend lässt sich mit Blick auf die Rolle der Zivilgesellschaft in den vier Arenen des politischen Wettbewerbs festhalten, dass die Artikulation von zivilgesellschaftlichen Forderungen in der legislativen Arena nicht per se destabilisierend auf die Autokratie wirkt. Sofern zivilgesellschaftliche Akteure nicht die vom Regime gezogenen Grenzen überschreiten, leisten sie durch Bereitstellung von Informationen und Erfüllung von Feedbackfunktionen mitunter einen stabilisierenden Beitrag. Damit kann die Zivilgesellschaft auch unbeabsichtigt zum Erhalt autokratischer Persistenz beitragen. Ferner ergibt sich für die Zivilgesellschaft mit dem Aufkommen der „neuen Medien“ die Möglichkeit, die jahrzehntelange Hoheit der Barisan Nasional über die Medien und die öffentliche Meinung herauszufordern und durch die Kooperation mit Oppositionskandidaten und Parteien kann die Zivilgesellschaft auch in der elektoralen Arena – dem zentralen Ort der politischen Auseinandersetzung im kompetitiven Autoritarismus – indirekt zum Aufbau von Gegenpositionen zum Regime beitragen. Tatsächlich ist diese Form der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Oppositionsparteien aktuell als größte Herausforderung für die Barisan Nasional und den kompetitiven Autoritarismus in Malaysia zu sehen.

Dennoch zeigt sich hier, wie auch in den anderen „Wettbewerbsarenen“, die der kompetitive Autoritarismus bietet, dass die Zivilgesellschaft alleine nicht die Funktion einer „demokratischen Gegenkraft“ übernehmen kann. Als Gründe hierfür sind erstens die genannten Schwächen im Hinblick auf die Organisationsstärke ihrer Grup-

pen, die Kohärenz der Forderungen und die Kohäsion ihrer Segmente sowie die Handlungsfähigkeit ihrer Akteure zu nennen. Zweitens zeigt sich auch im malaysischen Fall, wie bereits in zahlreichen anderen Studien zur Rolle von Zivilgesellschaft in sich liberalisierenden Autokratien, dass die Zivilgesellschaft auf die Kooperation mit Akteuren aus der politischen Gesellschaft (sprich: Parteien und Oppositionspolitiker) angewiesen ist. Drittens schließlich zeigt sich spezifisch für den Typ des kompetitiven Autoritarismus – sofern man die Erfahrungen des malaysischen Falles generalisieren möchte –, dass die Legitimationsbedürftigkeit der bestehenden Ordnung in solchen „Bindestrich-Autokratien“ sowie die Tragfähigkeit ihrer Kooptationsmechanismen einerseits die Möglichkeit des Einsatzes repressiver Mittel einschränkt, was wiederum eine in Struktur, Thematik und Wirkungsmöglichkeiten limitierte Zivilgesellschaft garantiert. Zugleich jedoch bleibt die Zivilgesellschaft zu schwach, um ohne das Auftreten tiefer Erschütterungsmomente der autokratischen Institutionenordnung diese effektiv im Sinne eines Agenten demokratischen Wandels herausfordern zu können. Das Auftreten solcher kritischen Momente institutionellen Wandels, so legt es unsere Untersuchung für den Fall Malaysia nahe und so lassen auch die Ergebnisse anderer, dem Argumentationsgebäude des Historischen Institutionalismus verpflichteter Analyse vermuten, ist jedoch kein maßgeblich von Zivilgesellschaften angestoßener Prozess, sondern ist abhängig von einer Vielzahl weiterer politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Faktoren, die sich der Beeinflussung oder gar Steuerung durch bürger-schaftliche Vereinigungen weitgehend entziehen. Dies bedeutet nicht, dass Zivilgesellschaften keinen Einfluss auf demokratischen Wandel in kompetitiv-autoritären Regimen wie dem Malaysias haben (können) – die Reichweite dessen, was zivilgesellschaftliche Akteure erreichen können ist jedoch im vorliegenden Fall, mutmaßlich aber auch in anderen Autokratien, begrenzt.

Literatur

- Anuar, Mustafa K.: „*Defining Democratic Discourses: The Mainstream Press*“, in: Loh Kok Wah, Francis/Khoo Boo Teik (Hrsg.): *Democracy in Malaysia. Discourses and Practices*, Richmond: Routledge Chapman & Hall, 2002, S. 138-164
- Beyme, Klaus von: „*Zivilgesellschaft – von der bürgerlichen zur nachbürgerlichen Gesellschaft*“, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*, Opladen: Leske + Budrich Verlag, 2000, S. 51-70
- Brooker, Paul: *Non-Democratic Regimes*, New York: Palgrave, 2009, 2. Auflage
- Brownlee, Jason (2009): „Portents of Pluralism: How Hybrid Regimes Affect Democratization“, in: *American Journal of Political Science*, 53 (2009) 3, S. 515-532
- Brownlee, Jason: *Authoritarianism in an Age of Democratization*, Cambridge: Cambridge University Press, 2007
- Case, William: „Electoral Authoritarianism in Malaysia: Trajectory Shift“, in: *Pacific Review*, 22 (2009) 3, S. 311-333
- Case, William: „Malaysia’s Resilient Pseudodemocracy“, in: *Journal of Democracy*, 12 (2001) 1, S. 43-57
- Case, William: *Elites and Regime in Malaysia: Revisiting a Consociational Democracy*, Clayton, Aust.: Monash Asia Institute, 1996
- Croissant, Aurel/Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang: „*Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich*“, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*, Opladen: Leske + Budrich Verlag, 2000, S. 9-50

- Crouch, Harold: *Government and Society in Malaysia*, Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, 1996
- Derichs, Claudia: "Transformation, Governance und Zivilgesellschaft in Malaysia", in: Dosch, Jörn/Mols, Manfred/Öhlschläger, Rainer (Hrsg.): *Staat und Demokratie in Asien - Zur politischen Transformation einer Weltregion*, Berlin: Lit Verlag, 2007, S. 143-163
- Diamond, Larry: "The Democratic Rollback: The Resurgence of the Predatory State", in: *Foreign Affairs*, 87 (2008) 2, 36-48
- Diamond, Larry: "Elections Without Democracy: Thinking About Hybrid Regimes", in: *Journal of Democracy*, 13 (2002) 2, S. 21-35
- Diamond, Larry: *Developing democracy: Toward Consolidation*, Baltimore and London: The Johns Hopkins University Press, 1999
- Diamond, Larry: "Rethinking Civil Society: Toward Democratic Consolidation", in: *Journal of Democracy*, 5 (1994) 3, S. 4-17
- Election Commission of Malaysia (2008): "KEPUTUSAN PILIHAN RAYA UMUM KE-12", <http://semak.spr.gov.my/spr/index.php> (abgerufen am 08.02.2010)
- Embong, Abdul Rahman: "Social Transformation, the State and the Middle-Classes in Post-Independence Malaysia", in: Zawami Ibrahim (Hrsg.): *Cultural Contestations. Mediating Identities in a Changing Malaysian Society*, London: ASEAN Academic Press, 1998, S. 83-112
- Esman, Milton J.: *Ethnic Politics*, Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, 1994
- Freedman, Amy L.: "Civil Society, Moderate Islam, and Politics in Indonesia and Malaysia", in: *Journal of Civil Society*, 5 (2009) 2, S. 107-127
- Funston, John: "The Politics of Islamic Reassertion: Malaysia", in: Ibrahim, Ahmad/S. Siddique/ Hussain, Yasmin (Hrsg.): *Readings on Islam in Southeast Asia*, Singapur: Institute of Southeast Asian Studies, 1985, S. 171-179
- Gosewinkel, Dieter/Reichardt, Sven: "Ambivalenzen der Zivilgesellschaft. Gegenbegriffe, Gewalt und Macht", WZB Discussion Paper Nr. SP IV 2004-501, Berlin, 2004
- Gosewinkel, Dieter/Rucht, Dieter: "History meets sociology: Zivilgesellschaft als Prozess", in: Gosewinkel, Dieter/Rucht, Dieter/van den Daele, Wolfgang/Kocka, Jürgen (Hrsg.): *Zivilgesellschaft – national und transnational: WZB Jahrbuch 2003*, Berlin, Edition Sigma, 2004, S. 29-60
- Hadenius, Axel/Teorell, Jan: *Authoritarian Regimes: Stability, Change, and Pathways to Democracy, 1979-2003*, Notre Dame 2006 (Kellog Institute Working Paper Nr. 331)
- Hassan, Saliha: "Political Non-Governmental Organizations: Ideals and Realities", in: Loh Kok Wah, Francis/Khoo Boo Teik (Hrsg.): *Democracy in Malaysia. Discourses and Practices*, Richmond: Routledge Chapman & Hall, 2002, S. 198-215
- Heinrich, V. Finn: *What makes civil society strong? - An innovative approach to conceptualising, measuring and analysing the strength of civil society in 43 countries*, Dissertationsschrift, Fernuniversität Hagen, 2008
- Heinrich, V. Finn: "Studying Civil Society Across The World: Exploring the Thorny Issue of Conceptualization and Measurement", in: *Journal of Civil Society*, 1 (2005) 3, S. 211-228
- Howard, Marc Morje/Roessler, Philip G.: "Liberalizing Electoral Outcomes in Competitive Authoritarian Regimes", in: *American Journal of Political Science*, 50 (2006) 2, S. 365-381
- Jesudason, James V.: "The syncretic state and the structuring of opposition in Malaysia", in: Rodan, Garry (Hrsg.): *Political Oppositions in Industrialising Asia*, London/New York: Routledge Chapman & Hall, 1996, S. 128-160
- Jomo, Kwame Sundaram/Cheek, Ahmad Shabery: "Malaysia's Islamic Movements", in: Kahn, Joel S./Loh Kok Wah, Francis (Hrsg.): *Fragmented Vision: Culture and Politics in Contemporary Malaysia*, Sydney: University of Hawai'i Press, 1992, S. 79-106
- Jomo, Kwame Sundaram: *A Question of Class: Capital, the State, and Uneven Development in Malaya*, Singapur: Oxford University Press, 1986
- Kaneko, Yoshiki: "Malaysia: Dual Structure in the State-NGO Relationship", in: Shigetomi, Shinichi (Hrsg.): *The State and NGO's: Perspective from Asia*, Singapur: Institute of Southeast Asian Studies, 2002, S. 178-199
- Kathirithamby-Wells, Jeyamalar: *Nature and Nation: Forests and Development in Peninsular Malaysia*, Honolulu: University of Hawai'i Press, 2005
- Kocka, Jürgen: "Zivilgesellschaft in historischer Perspektive", in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 16 (2003) 2, S. 29-37
- Kua Kia Soong: *The Malaysian Civil Rights Movement*, Kuala Lumpur: SIRD, 2005
- Lai Suat Yan: "The women's movement in peninsular Malaysia, 1900-99", in: Weiss, Meredith L./Hassan, Saliha (Hrsg.): *Social Movements in Malaysia: From moral communities to NGOs*, London/New York: Routledge Chapman & Hall, 2003, S. 45-74

- Levitsky, Steven/Way, Lucan A.: "Elections Without Democracy: The Rise of Competitive Authoritarianism", in: *Journal of Democracy*, 13 (2002) 2, S. 51-65
- Linz, Juan José: *Totalitäre und autoritäre Regime*, hrsg. von Raimund Krämer, Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, 2000
- Loh Kok Wah, Francis (2002): "Developmentalism and the Limits of Democratic Discourse", in: ders./ Khoo Boo Teik (Hrsg.): *Democracy in Malaysia. Discourses and Practices*, Richmond: Curzon Press, 19-50
- Mahoney, James: "Path Dependent Explanations of Regime Change: Central America in Comparative Perspective", in: *Studies in Comparative International Development*, 36 (2001) 1, S. 111-141
- Malaysiakini (2009a): „S'wak bloggers, your first big battle begins in Batang Ai“, 14.03.2009, <http://www.malaysiakini.com/news/100197> (abgerufen am 08.02.2010)
- Malaysiakini (2009b): „13 ISA freed, ban lifted on party organs“, 03.04.2009, <http://www.malaysiakini.com/news/101645> (abgerufen am 08.02.2010)
- Malaysiakini (2009c): „Hindraf trio freed, Uthaya rejects conditional release“, 09.05.2009, <http://www.malaysiakini.com/news/103933> (abgerufen am 08.02.2010)
- Malaysiakini (2009d): „Almost 600 arrested, including 44 juveniles“, 01.08.2009, <http://www.malaysiakini.com/news/109730> (abgerufen am 08.02.2010)
- Malaysiakini (2009e): „ROS threatens to ban anti-logging NGO“, 28.12.2009, <http://www.malaysiakini.com/news/120728> (abgerufen am 08.02.2010)
- Malaysiakini (2010): „Walk the talk on human rights, Najib told“, 21.01.2010, <http://www.malaysiakini.com/news/122467> (abgerufen am 08.02.2010)
- Mauzy, Diane K.: "From Malay Nationalism to a Malaysian Nation?", in: Barrington, Lowell (Hrsg.): *After Independence: Making and Protecting the Nation in Postcolonial and Postcommunist States*, Ann Arbor: University of Michigan Press, 2006b, S. 45-70
- Mauzy, Diane K.: "The Challenge to Democracy: Singapore's and Malaysia's Resilient Hybrid Regimes", in: *Taiwan Journal of Democracy*, 2 (2006a) 2, S. 47-68
- Means, Gordon P.: *Malaysian Politics*, London: University of London Press, 1970
- Means, Gordon P.: *Malaysian Politics: the second generation*, Singapur, Oxford und London: Oxford University Press, 1991
- Merdeka Centre (2008): "12th General Elections: Observations on Issues, Voting Directions and Implications", http://www.merdeka.org/v2/index.php?option=com_jotloader§ion=files&task=download&cid=33_1cf7a8c16ad4d356102e55795621dc15&Itemid=68 (abgerufen am 06.09.2010)
- Mohamad, Maznah: "At The Centre And The Periphery: The Contributions Of Women's Movements To Democratization", in: Loh KokWah, Francis/ Khoo Boo Teik (Hrsg.): *Democracy in Malaysia. Discourses and Practices*, Richmond: Routledge Chapman & Hall, 2002, S. 216-242
- Mutalib, Hussin: *Islam in Malaysia: From Revivalism to Islamic State?*, Singapur: Singapore University Press, 1993
- Muzaffar, Chandra: "Has the Communal Situation Worsened Over the Last Decade? Some Preliminary Thoughts", in: S. Husin Ali (Hrsg.): *Kaum Kelas dan Pembangunan Malaysia/ Ethnicity, Class and Development Malaysia*, Kuala Lumpur: Persatuan Sains Sosial Malaysia, 1984, S. 356-382
- Muzaffar, Chandra: *Islamic Resurgence in Malaysia*, Selangor: Fajar Bakti, 1987
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C.: *Transition from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore: John Hopkins University Press, 1986
- Park, Chong-min: "Associations and Social Networks in Southeast Asia: Schools of Democracy", paper presented at the Workshop "Challenges and Prospects of Democratic Governance in Southeast Asia", 14-16 January, 2009, Heidelberg
- Pepinsky, Thomas B.: "The 2008 Elections in Malaysia: An End to Ethnic Politics?", in: *Journal of East Asian Studies*, 9 (2009) 1, S. 87-120
- Pepinsky, Thomas B.: "Malaysia: Turnover Without Change", in: *Journal of Democracy*, 18 (2007) 1, S. 113-127
- Pierson, Paul: "Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics", in: *American Political Science Review*, 94 (2000) 2, S. 251-267
- Putnam, Robert D. (Hrsg.): *Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung, 2001
- Ramakrishna, Sundari: "The environmental movement in Malaysia", in: Weiss, Meredith L./Hassan, Saliha (Hrsg.): *Social Movements in Malaysia: From moral communities to NGOs*, London/New York: Routledge Chapman & Hall, 2003, S. 115-139
- Rodan, Garry: *Transparency and Authoritarian Rule in Southeast Asia: Singapore and Malaysia*, London/New York: Routledge Chapman & Hall, 2004

- Rüland, Jürgen: *Politische Systeme in Südostasien. Eine Einführung*, Landsberg am Lech: Olzog Verlag, 1998
- Schedler, Andreas (Hrsg.): *Electoral Authoritarianism*, Boulder/London: Lynne Rienner Publishers Inc, 2006
- Tan Liok Ee: "Dongjiaozong and the Challenge to Cultural Hegemony 1951-1987", in: Kahn, Joel S./Loh Kok Wah, Francis (Hrsg.): *Fragmented Vision: Culture and Politics in Contemporary Malaysia*, Sydney: Allen & Unwin, 1992, S. 181-201
- Tan, Boon Kean/Bishan, Singh: *Uneasy Relations: The State and NGO's in Malaysia*, Kuala Lumpur: Gender and Development Programme, Asian and Pacific Development Centre, 1994
- Tham, Seong Chee: *The role and impact of formal associations on the development of Malaysia*, Bangkok: Friedrich-Ebert-Stiftung, 1977
- The Star (2010): "Perkasa: Arrest Ka Siong under ISA", 01.07.2010, <http://thestar.com.my/news/story.asp?file=/2010/7/1/nation/6585279&sec=nation> (abgerufen am 06.09.2010)
- The Star (2009): „NGOs want bodies to apologise over statement made in Kartika’s case“, 03.10.2009, <http://thestar.com.my/news/story.asp?file=/2009/10/3/nation/4834773&sec=nation> (abgerufen am 08.02.210)
- Thelen, Kathleen: "Historical Institutionalism in Comparative Politics", in: *Annual Review of Political Science*, (1999) 2, S. 369-404
- Ufen, Andreas: "The transformation of political party and opposition in Malaysia and its implications for the electoral authoritarian regime", in: *Democratization*, 16 (2009) 3, S. 604-627
- Verma, Vidhu: *Malaysia: State and Civil Society in Transition*, Boulder: Lynne Rienner Publishers Inc, 2002
- Vorys, Karl von: *Democracy Without Consensus: Communalism and Political Stability in Malaysia*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 1975
- Weiss, Meredith L.: "Edging Toward a New Politics in Malaysia: Civil Society at the Gate?", in: *Asian Survey*, 49 (2009) 5, S. 741-758
- Weiss, Meredith L.: *Protest and Possibilities – Civil Society and Coalitions for Political Change in Malaysia*, Stanford: Stanford University Press, 2006
- Weiss, Meredith L.: "Malaysia: Construction of Counterhegemonic Narratives and Agendas", in: Alagappa, Muthiah (Hrsg.): *Civil Society and Political Change in Asia*, Stanford: Stanford University Press, 2004, S. 259-292
- Weiss, Meredith L.: *The Malaysian human rights movement*, in: ders./Hassan, Saliha: *Social Movements in Malaysia: From moral communities to NGO's*, London/New York: Routledge Chapman & Hall, 2003, S. 140-164
- Zakaria, Haji Ahmad (Hrsg.): *Government and Politics of Malaysia*, Singapur/New York: Oxford University Press, 1989
- Zakaria, Haji Ahmad/Kadir, Suzaina: "Ethnic Conflict, Prevention and Management: The Case of Malaysia", in: Snitwongse, Kusuma/Thompson, W. Scott (Hrsg.): *Ethnic Conflict in Southeast Asia*, Singapur: Institute of Southeast Asian Studies, 2005, S. 42-64